

Antrag der Fraktion der CDU**Kein Raum für Antisemitismus an Hochschulen!**

Nach dem barbarischen Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg im Gazastreifen treten immer mehr antisemitische und israelfeindliche Vorfälle an den deutschen Hochschulen auf. Erst vor kurzem wurde ein jüdischer Student der Freien Universität Berlin auf einer Straße von einem propalästinensischen Kommilitonen zusammengeschlagen. An der Humboldt-Universität Berlin wurde Anfang Februar 2024 eine Podiumsdiskussion mit einer israelischen Professorin und Richterin von propalästinensischen Aktivisten massiv gestört, sodass diese abgebrochen werden musste. Statt Dialog und Austausch an den deutschen Hochschulen häufen sich die Fälle von Beleidigungen, Angriffen und Bedrohungen gegenüber jüdischen und proisraelischen Studierenden und weiteren Personen. Laut dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS e. V.) gab es allein bis November 2023 rund vierzig Vorfälle, Hochschulen liegen auf Platz vier bei antisemitischen Aktionen in der Öffentlichkeit. Diese Vorfälle sind beschämend und haben keinen Raum innerhalb Deutschlands und der hiesigen Hochschullandschaft.

Obwohl im Land Bremen ähnliche Vorfälle noch nicht bekannt geworden sind, ist es Pflicht und Verantwortung von Politik und Hochschulen auch im Land Bremen, angstfreie Räume für jüdische und israelische Studierende, Mitglieder und Gäste der Hochschule und weitere Personen an den Hochschulen zu schaffen, Offenheit und Toleranz an den Hochschulen zu fördern und jede Ausprägung von Antisemitismus und Israelfeindlichkeit klar und mit allen Mitteln zu bekämpfen. Es muss sichergestellt werden, dass unsere Hochschulen Orte des Lernens, des Respekts und der Toleranz sind, an denen sich alle Studierenden sicher und respektiert fühlen können. Angesichts der kulturellen Vielfalt in unserer Hochschulgemeinschaft muss sichergestellt werden, dass antisemitische Vorurteile und Diskriminierung keinen Platz haben. Denn Antisemitismus ist nicht nur eine Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft, sondern untergräbt auch unsere demokratischen Werte und das soziale Gefüge unserer Gesellschaft.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) steht uneingeschränkt und solidarisch an der Seite Israels sowie aller Israelis und aller Jüdinnen und Juden in Bremen und Bremerhaven.

Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt jegliche Form von Diskriminierung, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Hochschulen und im öffentlichen Raum aufs Schärfste.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, inwiefern und wie das Bremische Hochschulgesetz angepasst werden soll, um einen besseren Schutz für jüdische und israelische Studierende und andere Mitglieder und Gäste der bremischen Hochschulen zu gewährleisten sowie den Antisemitismus und Extremismus besser zu bekämpfen;
2. zusammen mit den bremischen Hochschulen eine Weiterentwicklung von bestehenden präventiven und repressiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus und Extremismus sowie zum Schutz von Israelis und Jüdinnen und Juden an den Hochschulen zu prüfen und diese bei Bedarf mit allen benötigten Mitteln zu unterstützen und zu verstärken;
3. in Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu prüfen, wie die Tätigkeit von Beauftragten für Diversität und Antidiskriminierung an den Hochschulen insbesondere im Bereich der Bekämpfung des Antisemitismus und Israelfeindlichkeit gestärkt werden kann, und dies mit allen notwendigen Mitteln zu unterstützen. Dabei sollen auch die Funktionsfähigkeit und der Ausbau der entsprechenden Melde- und Beratungsstrukturen zum Schutz und der Stärkung der Sicherheit von Juden und Israelis überprüft werden;
4. in Zusammenarbeit mit der Universität Bremen zu prüfen, inwiefern Kompetenzen zur Prävention von und Intervention gegenüber Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als verpflichtender Inhalt im Lehramtsstudium verankert beziehungsweise gestärkt werden kann, um Lehrkräfte für die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus sowie im Umgang mit den entsprechenden Situationen in Bildungseinrichtungen zu stärken;
5. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung drei Monate nach der Beschlussfassung über den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten.

Susanne Grobien, Frank Imhoff und Fraktion der CDU